

Kirchliche Chronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Internationale kirchliche Zeitschrift : neue Folge der Revue internationale de théologie**

Band (Jahr): **8 (1918)**

Heft 1

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

KIRCHLICHE CHRONIK.

Eine internationale kirchliche Aussprache. — Das Jahr 1917 hat verschiedene Kundgebungen zum Frieden aus kirchlichen Kreisen gebracht. Die bekannteste ist die Friedensnote des Papstes an die Regierungen der kriegführenden Staaten. Im Mai erschien ein Aufruf an die Christen aller Länder von Führern der protestantischen Kirchen Dänemarks, Hollands, Norwegens, Schwedens und der Schweiz. Schon einmal hatten dieselben Männer im November 1914 — an ihrer Spitze Erzbischof Söderblom von Upsala — eine Aufforderung zum Frieden und zur christlichen Gemeinschaft ergehen lassen. Diesmal gab ihnen das Jubeljahr der Reformation Anlass zu ihrem neuen Versuch, mit eindringlichen Worten auf die Verheerungen des Krieges in der Christenheit hinzuweisen. Sie schreiben: « Man hat geäußert, dass es nach diesem Kriege nur Besiegte, aber keine Sieger geben werde. Welchen Ausgang der Krieg auch nehmen wird, soviel steht fest, *Einen* Besiegten wird es geben, nämlich unsere blutig zerrissene Christenheit, welche die Arbeiter von heute auf morgen verloren hat und die Arbeit von gestern vernichtet sieht. Deshalb erhalten wir den Gedanken des Friedens lebendig. Wir segnen alle Bestrebungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden. Lasset uns nicht müde werden, trotz der Grenzen, die der Krieg zieht, einträchtig und mit reinem Herzen unsern gemeinsamen Gott und Vater anzurufen, damit der Wachsamkeit keine Gelegenheit entgehe, für den Frieden zu wirken, und damit das Gefühl christlicher Gemeinschaft und gehorsamer Ergebung in die Leitung des Höchsten gestärkt werden möge, wie beides ja auch in der durch den Weltkrieg hervorgerufenen Zersplitterung bisweilen zu wunderbarem Ausdruck gekommen ist »¹⁾. Der Aufruf zeitigte den Plan einer internationalen christlichen Aussprache. Der Gedanke ist nicht neu. Im Hinblick auf die Konferenz der Sozialisten in Stockholm war er schon in England er-

¹⁾ Der Aufruf ist abgedruckt in Nrn. 25/26 des Ev. Wochenbriefs, im Berner «Katholik», Nr. 35, im «Goodwill», Nr. 9.

örtert worden. Der Anglikaner Rev. William Temple regte im « Challenge » die Einberufung einer Konferenz an, auf der die hauptsächlichsten christlichen Körperschaften aller kriegführenden Länder vertreten sein sollen, nicht um Recht oder Unrecht des Krieges oder politische Friedensbedingungen, sondern um Mittel und Wege zu besprechen, wie man dem Kriegsdünkel und der Kriegsleidenschaft entgegentritt, die Friedensneigung fördert und den Glauben an die Einheit aller christlichen Gläubigen stärke¹⁾. Die Durchführung des Projektes nahmen der Erzbischof von Upsala, der dänische Bischof von Seleno und der Bischof von Christiania an die Hand, in dem sie eine Einladung an « Liebe Mitchristen in kriegführenden Ländern » erliessen. Sie sagten in dem Schreiben, dass sie aus den Antworten auf den Aufruf und aus andern Äusserungen von verschiedenen Seiten den Eindruck erhalten haben, « dass jetzt unter den Christen in beiden Gruppen der kriegführenden Länder ein Wunsch sich geltend macht, dass von der Kirche etwas mehr getan werde, um ihre Einheit zu beweisen ». Die Notwendigkeit, ein gegenseitiges Übereinkommen über eine schiedsrichterliche Entscheidung und Entwaffnung zu treffen, sei jetzt von verschiedenen Seiten von den Höchstbetrauten der Staaten ausgesprochen worden. Der Papst habe diese Grundrisse ebenfalls geltend gemacht. « Aber um sie zu verwirklichen, ist ein stärkeres Gefühl christlicher Bruderschaft über die nationalen Grenzen hinaus erforderlich. Der gegenwärtige Zustand der Welt fordert von uns ein deutliches Zeugnis unserer Einheit in Christo. » Die Konferenz sollte am 14. Dezember in Upsala stattfinden, bei Gelegenheit der Tagung der skandinavischen Komitees des Weltbundes für internationale Freundschaft durch die Kirche. Als ihre Tendenz wird genannt: « Bei dieser Gelegenheit sollte natürlich keine Diskussion in bezug auf die Ursachen des Krieges, noch auf die rein politischen Bedingungen für den Frieden stattfinden. Die Aufgabe der Konferenz sollte sein, unbeschadet nationaler Pflichten die verwickelten Fragen zu behandeln, die in betreff der christlichen über die nationalen und politischen Grenzen hinausreichenden Gemeinschaft entstanden sind. Vor allem wollen wir im Gebet und Gedankenaustausch den Glauben an die Einheit aller Gläubigen in Christo stärken und die Pflicht der Kirche bedenken, den Leidenschaften des Krieges Widerstand zu leisten und die Sinnesart zu fördern, die Gerechtigkeit, guten Willen und Frieden im Verkehr der Staaten begünstigt. » Die Konferenz kam zustande — allerdings ohne Beteiligung aus den kriegführenden Ländern hatte sie nur neutralen, nicht internationalen Charakter. Ihr Präsident, Erzbischof Söderblom, teilte mit, dass die

¹⁾ Vgl. Ev. Wochenbrief, 37/38, 1917.

Schwierigkeiten der Pässe und des Verkehrs eine Verschiebung der allgemeinen Konferenz bis Mitte April nötig mache. In Nummer 10 der Zeitschrift « Goodwill » werden die Gründe namhaft gemacht, warum die Engländer der Einladung nicht folgen konnten. Die Frist war zu kurz bemessen, so dass Amerikas Beteiligung ausgeschlossen und die Englands unmöglich wurde. Dazu kamen Bedenken grundsätzlicher Natur. Die Diskussionsgegenstände — als solche bezeichnet die Zeitschrift Schiedsgericht und Abrüstung — seien von solcher Beschaffenheit, dass politische Auseinandersetzungen nicht zu vermeiden seien. Die Konferenz ist ihr sympathisch, sie vertritt aber eine solche Auffassung der Dinge, die kaum die Zustimmung der anderen Seite erfahren dürfte. Der deutsche Prof. Deissmann schreibt zum allgemeinen Gedanken einer solchen Aussprache? « Technisch wird meines Erachtens allerdings die Einberufung einer grossen Konferenz von Vertretern aller grösseren Kirchenkörper der kriegführenden Länder zurzeit unmöglich; es könnte sich nur um eine kleine Konferenz nichtoffiziellen Charakters handeln. » Abgesehen von rein äusserlichen Dingen, die mit dem erschwerten Verkehr zusammenhängen, scheint eine solche Aussprache auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten zu stossen, die ihren letzten Grund in einer total verschiedenen Auffassung der Dinge haben, für die vielfach das gegenseitige Verständnis zu fehlen scheint. Allein solche Schwierigkeiten werden Christen nicht abhalten, das ins Auge gefasste Ziel weiter zu verfolgen.

Zur internationalen Lage des Protestantismus beim Reformationsjubiläum. — Dazu hat Prof. Dr. Deissmann in Berlin in Nr. 37/38 des von ihm herausgegebenen « Evangelischen Wochenbriefs » folgende neuen Sätze mit einer kurzen Einleitung aufgestellt¹⁾:

« Seit drei Jahren an der christlichen Verständigungsarbeit im Kriege arbeitend, begehe ich das Reformationsjubiläum nicht ausschliesslich mit Gedanken über mein eigenes Volk. Die Reformation war nicht nur eine deutsche Angelegenheit, sondern hat mehr als irgendein anderes Ereignis der neuen Geschichte internationale Wirkungen gehabt und internationale Probleme hinterlassen. So bedenke ich in diesen Gedächtnistagen mit besonderer Bewegung die internationale Lage des Protestantismus beim Reformationsjubiläum; einige dieser Gedanken seien hier in knappen Sätzen dargeboten. Für eine Aussprache darüber aus dem Kreise meiner Adressaten wäre ich dankbar.

¹⁾ « Die am 1. Advent 1914 begonnenen « Evangelischen Wochenbriefe » sollen der Verständigung unter den Völkern und der Stärkung der christlichen Solidarität dienen. Für offenen Meinungs austausch ist der Verfasser stets dankbar; er bittet auch um Nennung von Persönlichkeiten, die mit der Absicht dieser Briefe sympathisieren. »

1. Gott lässt die protestantische Welt das Reformationsjubiläum von 1917 unter Kriegswettern erleben, damit sie nicht jubiliere, sondern auf Reformation bedacht sei.

2. Kein protestantisches Volk darf sich für berufen halten, ein anderes reformieren zu sollen. Es gibt für uns keine auswärtigen, sondern nur innere Reformationsnotwendigkeiten. Was die anderen von uns lernen wollen, muss ihnen, — was wir von den Fremden zu lernen haben, muss uns überlassen bleiben.

3. Der vor dem Kriege in deutlichen Anfängen bemerkbar gewordene angelsächsische, besonders nordamerikanische religiöse Imperialismus, eine Spielart « auswärtiger Reformation », war seiner Natur nach ebenso undemokratisch wie unprotestantisch; er ist nach dem Kriege, der den Kredit jedes Imperialismus minderte, ungefährlicher. Demütig geworden, kann die hinter ihm stehende christliche Energie zu einer Macht innerer Erneuerung werden.

4. Innere Reformation eines Volkes kommt nicht mit äusseren Gebärden, wird auch nicht gemacht durch Behörden und Synoden. Sie ist überall da im Werden, wo ein einzelner sich unter Christus beugt und wo zwei oder drei ihres Gottes gewiss werden. Hier entstehen die Kraftzentren, von denen Erneuerung für die Gemeinschaft ausstrahlt.

5. Auf dem breiten Wege der gottesgelehrten Christologie gibt es römische, lutherische, reformierte, anglikanische, methodistische Bürgersteige. Der schmale Pfad der Gottesgemeinschaft in der Nachfolge Christi hat wenig Raum für Sondergeleise; einer tritt in des anderen Spur, und der Vorderste sieht nur die Fusstapfen des Meisters.

6. Die Erfahrungen des Krieges legen dem deutschen landeskirchlichen Protestantismus eine Revision seiner Stellung zu den Freikirchen nahe, im Sinne eines brüderlichen Entgegenkommens.

7. Das Kampffeld der Konfessionen nach dem Kriege ist die Caritas.

8. Die unumgängliche Voraussetzung für den Wiederaufbau einer internationalen protestantischen und christlichen Gemeinschaft ist nicht so sehr eine sich etwa bildende communis opinio über die Ursachen des Krieges und die « Schuld am Kriege », als die auf allen Seiten notwendige ehrliche Bereitschaft, die patriotische bona fides der Glaubensgenossen in Feindesland bei Ausbruch und im Verlaufe des Krieges anzuerkennen.

9. Je mehr wir uns zeitlich von 1517 entfernen, um so grösser erscheint das Mass der seelischen Kräfte, die 1917 und 1517 mit 1417 verbinden und 1417 mit 117. Die den Protestantismus und die Christenheit scheinbar zersprengenden Schwierigkeiten der Zeit

um 1917 werden ihre sichere Lösung finden durch die unwiderstehbare Wucht seelichen Zusammenhalts, die in der Kontinuität der christlichen Jahrtausende trotz aller zersetzenden Theologie und kirchlichen Hoffart beschlossen ist. »

Fünf Berliner Pfarrer erliessen Anfang Oktober folgende Erklärung: « Im Gedächtnismonat der Reformation fühlen wir unterzeichneten Berliner Pfarrer, im Einverständnis mit vielen evangelischen Männern und Frauen, uns zu folgender Erklärung verpflichtet, die zugleich Antwort auf mehrfache Kundgebungen aus neutralen Ländern sein soll.

Wir deutschen Protestanten reichen im Bewusstsein der gemeinsamen christlichen Güter und Ziele allen Glaubensgenossen, auch denen in den feindlichen Staaten, von Herzen die Bruderhand. Wir erkennen die tiefsten Ursachen dieses Krieges in den widerchristlichen Mächten, die das Völkerleben beherrschen, in Misstrauen, Gewaltvergötterung und Begehrlichkeit, und erblicken in einem Frieden der Verständigung und Versöhnung den erstrebenswerten Frieden. Wir sehen den Hinderungsgrund einer ehrlichen Völkerannäherung vor allem in der unheilvollen Herrschaft von Lüge und Phrase, durch die die Wahrheit verschwiegen oder entstellt und Wahn verbreitet wird, und rufen alle, die den Frieden wünschen, in allen Ländern zum entschlossenen Kampf gegen dies Hindernis auf. Wir fühlen angesichts dieses fürchterlichen Krieges die Gewissenspflicht, im Namen des Christentums fortan mit aller Entschiedenheit dahin zu streben, dass der Krieg als Mittel der Auseinandersetzung unter den Völkern aus der Welt verschwindet. »

Unterschrieben ist dieser Aufruf von: Lic. Dr. K. Aner, W. Nithack-Stahn, O. Pless, Lic. Dr. Fr. Rittelmeyer, Lic. R. Wielandt.

Die Weltkonferenz über Glauben und Verfassung. — Das amerikanische Komitee hat im November zwei weitere Bulletin verschickt (vgl. diese Zeitschrift 1917, S. 369). Im ersten, dem vierzehnten der ganzen Reihe, wird mitgeteilt, dass die Anregung die Woche vom 18. bis 25. Januar speziell dem Gebet für die Wiedervereinigung der Christenheit zu weihen, überall gute Aufnahme gefunden habe. In kurzer Zeit sind aus vielen Ländern von Angehörigen der verschiedensten christlichen Kirchen Zustimmungsadressen eingetroffen. Es ist wohl das erstemal, dass in der ganzen Christenheit zur selben Zeit im selben Sinn gebetet wird.

Nach dem folgenden Bulletin sind in verschiedenen Kirchen und Ländern gegenwärtig 61 Kommissionen der Weltkonferenz eingesetzt. Wegen des Krieges konnte die Organisation in Europa noch nicht durchgeführt werden. Im letzten Sommer schien es möglich, nach Russland und nach Rom eine Deputation zu senden.

Die für Russland bestimmte musste im letzten Moment auf die Reise verzichten, weil das Staatsdepartement die Befürchtung aussprach, es könnten ihr pazifistische Motive unterschoben werden. Im gleichen Moment, da das Staatsdepartement sich so äusserte, kehrte Dr. John R. Mott als Mitglied einer Gesandtschaft aus Russland zurück, die im Namen des Präsidenten der Vereinigten Staaten der russischen Demokratie eine Sympathiekundgebung überbracht hatte. Dr. Mott berichtete, dass der Gedanke der Weltkonferenz in Russland allgemein Verständnis und Zustimmung finde. Manche hervorragende Angehörige der russischen Kirche hätten deren Mitarbeit in Aussichi gestellt, sobald die offizielle Einladung eintreffe. Dr. Mott riet, noch einige Monate mit der Einladung zuzuwarten, bis sich die Verhältnisse der Kirche, insbesondere ihre Beziehungen zum Staate einigermaßen abgeklärt hätten. Die russische Kirche werde es nicht empfinden, wenn Rom zuerst die formelle Einladung erhalte. Infolgedessen wurde die Mission nach Russland verschoben. Um die Mission nach Rom vorzubereiten, wurde indessen an eine einflussreiche Persönlichkeit in Rom, die mit der Tendenz der Weltkonferenz vertraut ist, ein Schreiben geschickt. Die Deputation soll im Laufe des Winters oder des Frühjahrs folgen.

Wir beschränken uns darauf, von diesen Dingen Notiz zu nehmen, da sie noch im Werden begriffen sind. Wir verkennen die grossen Schwierigkeiten nicht, auf die das Werk der Weltkonferenz besonders in Europa stossen wird, müssen aber doch jede ernst und aufrichtig gemeinte, rein kirchliche Bestrebung, die verschiedenen Kirchen einander näher zu führen, gerade in jetziger Zeit begrüßen. Ist das Ziel auch in weite Ferne gerückt, wird doch gemeinsames Trachten darnach zur Versöhnung der Völker mächtig beitragen. In den letzten drei Jahren konnte man erfahren, dass gerade die Männer — leider nicht alle —, denen die internationalen Aufgaben der Kirchen ans Herz gewachsen sind, sich über der Flutwelle des Hasses behaupten konnten, die insbesondere auch christliche Kreise in allen Ländern erfasst hatte. Dass das Problem der Union tief aufgefasst wird, bestätigt die immer wiederholte Behauptung, wäre die Christenheit geeint gewesen, ein solcher Weltkrieg wäre nicht möglich gewesen. Wer so urteilt, versteht unter Union nicht bloss eine Einigung auf kirchlicher und dogmatischer, sondern auf allgemeiner evangelischer Basis, die natürlich nur möglich ist, wenn die Angehörigen der Teilkirchen nicht nur kirchlich gesinnt, sondern vom Geiste des Evangeliums in ihrem ganzen Wesen durchdrungen sind. Wieweit die Kirchen davon noch entfernt sind, hat der Krieg in geradezu erschreckender Weise kund getan. Der Unionsgedanke bedarf der Vertiefung.

The Anglican and Eastern Association. — Auf der Jahresversammlung, die am 23. Oktober in London stattfand, wurde konstatiert, dass der Krieg das Interesse für die Kirchen des Ostens mächtig gefördert habe, was einen Fortschritt der freundschaftlichen Beziehungen zur Folge habe. Die Gesellschaft hat sich besonders der serbischen Kirche angenommen, veranlasst durch die Anwesenheit des Theologieprofessors Dr. Velimirowitch und mehrerer Geistlichen. Am Hülfswerk hat sich ferner die britische Bibelgesellschaft beteiligt, welche den serbischen Truppen Bibeln zur Verfügung stellte und die Society for promoting Christian Knowledge, die ein serbisches Gebetbuch mit einem Vorwort des Erzbischofs von Canterbury und dem Imprimatur des Erzbischofs von Belgrad herausgegeben hat. Die Gesellschaft hat auf einen Brief des Erzbischofs von Belgrad hin, der auch die verzweifelte Lage der in Serbien zurückgebliebenen Mönche und Geistlichen schildert, einen Hülferuf für die serbische Kirche erlassen. Es ist ein Hilfsfonds gegründet worden, um die bedürftigen Priester und ihre Familien und die Geistlichen und Mönche, die im Exil leben, zu unterstützen. Die Hülfe wurde ferner ausgedehnt auf eine Anzahl serbischer Theologiestudenten, die unter Leitung serbischer Geistlicher in Oxford, Mirfield und anderswo studieren, und auf einige Mönche und Priester, die in England ihre Studien fortsetzen, um nach der Rückkehr in die Heimat am Wiederaufbau ihrer Kirche arbeiten zu können. Es sei erwähnt, dass auch in Bern Serben im Exil leben und an der katholisch-theologischen Fakultät studieren. Möge der Aufruf Anklang finden. Er ist unterzeichnet vom Sekretär der Gesellschaft Rev. H. J. Fynes-Clinton, 27 Finsbury Square, London E. C.

Neue päpstliche Massnahmen zur Bekehrung der morgenländischen Kirchen. — Nach dem «Oss. Rom.» vom 6. November, hat Benedikt XV. die Zeitverhältnisse für günstig erachtet, die Bemühungen, die morgenländischen Kirchen der päpstlichen Jurisdiktion zu unterwerfen, in neue Wege zu leiten. In der offiziellen Einleitung des päpstlichen Hoforganes wird ausgeführt, wie der gegenwärtige Papst gleich nach seiner Thronbesteigung den orientalischen Kirchen seine väterliche Aufmerksamkeit zugewendet habe. Man könne sich nicht ohne Bewegung der Zeiten erinnern, in denen das Morgenland mit dem Abendland kirchlich noch verbunden gewesen sei. Es ist selbstverständlich, dass die Union so dargestellt wird, wie wenn in jenen Jahrhunderten auch die orientalischen Christen den päpstlichen Jurisdiktionsprimat anerkannt hätten, was bekanntlich niemals der Fall war, geschweige denn, dass man im Morgenland jemals etwas von einer päpstlichen Unfehlbar-

keit gewusst hätte. Leider sei es aber gelungen, die Geister so zu verwirren, dass sich die orientalischen Völker «von dem von alters her anerkannten Erben des allgemeinen und beständigen Apostolates, der von Christus dem Petrus als Haupt und Fundament der Kirche anvertraut worden» sei, trennten. Zu diesem Unglück soll auch beigetragen haben der Zerfall der theologischen, biblischen und historischen Studien in den orientalischen Kirchen, so dass allmählich die apostolische Kirchenverfassung in Vergessenheit geraten sei. Anstatt die christliche Kirche als eine Körperschaft anzusehen, die einem Haupte — dem Papste — unterworfen sei, denke man sich nun im Orient die Kirche als eine Vereinigung von Gemeinschaften, die lediglich durch den Glauben und die Liebe verbunden seien und für die Christus das einzige Haupt sei; die römische Kirche aber gelte nicht mehr als «die Mutter der wahren und katholischen Kirche Christi, sondern nur noch als die lateinische Partikularkirche». Der Primat des römischen Papstes werde verneint. (Das ist eine ganz richtige Darstellung der morgenländischen Anschauung.) So seien denn bisher alle Versuche der römischen Päpste, die orientalischen Kirchen mit Rom zu vereinigen, vereitelt worden.

Benedikt XV. habe sich nun vorgenommen, den bereits unierten orientalischen Kirchen die «ursprüngliche Würde» wieder zu verschaffen und die noch getrennten zur Wiedervereinigung einzuladen. Diesem doppelten Zweck sollen die zwei neuen gesetzgeberischen Erlasse dienen, die der Papst mit einem Motuproprio vom 15. Oktober 1917 promulgiert hat. Schon Pius IX. hatte eine «Kongregation» für «Angelegenheiten des orientalischen Ritus» eingesetzt. Allein diese Behörde wurde immer als Beweis dafür angesehen, dass der Papst die Orientalen dem lateinischen Ritus unterwerfen wollte, zumal sie der «Propaganda» angegliedert war. Um dieses Misstrauen zu beseitigen, trennt nun der Papst die genannte Kongregation von der Propaganda, bezeichnet sie als «Kongregation für die orientalische Kirche» und übernimmt zur Erhöhung ihrer Würde und Bedeutung für sich und seine Nachfolger das Präsidium. Auf diese Weise kommen auch die bereits bestehenden unierten Kirchen des Orients unter die besondere päpstliche Fürsorge.

Um den Anschluss der noch von Rom getrennten (orthodoxen) Kirchen des Orients zu fördern, errichtet der Papst gleichzeitig ein «Institut zur Förderung des Studiums orientalischer Angelegenheiten». Dieses Institut ist zur Ausbildung von Geistlichen des lateinischen Ritus bestimmt, die sich vornehmen, im Orient tätig zu sein. Doch werden auch orientalische Studierende, und zwar sowohl unierte wie orthodoxe, zugelassen. In der neuen Schule sollen nämlich sowohl die Eigentümlichkeiten der lateinischen wie der

orthodoxen Kirche dargestellt werden, so dass der wahrheitsliebende Studierende sich selbst ein Urteil bilden kann, auf welcher Seite sich die apostolische Lehre und Einrichtung befinden. Die beiden Erlasse sind im päpstlichen Amtsblatt «Acta apostolicae Sedis» promulgiert und haben daher bereits immerwährende Gesetzeskraft. Sie haben folgenden Wortlaut:

« I. Kongregation für die orientalische Kirche.

1. Die heilige Kongregation « Propaganda Fide für Geschäfte des morgenländischen Ritus » hört mit dem 30. November dieses Jahres zu existieren auf.

2. Getrennt von der hl. Kongregation Propaganda Fide soll es vom 1. Dezember an eine hl. Kongregation für die orientalische Kirche geben, der der Papst selbst vorstehen wird. Sie wird einige Kardinäle der hl. römischen Kirche umfassen, von denen einer der Sekretär sein soll. Beigegeben werden ihr aus den angesehensten Mitgliedern des Klerus ein Assessor und mehrere Konsultoren sowohl des lateinischen wie des orientalischen Ritus; ausserdem eine angemessene Anzahl von Beamten aus den Geistlichen, die mit orientalischen Dingen bekannt sind.

3. Dieser Kongregation sollen alle gleichviel wie gearteten Geschäfte überwiesen sein, die sich, sei es auf Personen, sei es auf Disziplin, sei es auf Ritus der orientalischen Kirchen beziehen, und zwar auch dann, wenn sie gemischter Art sind, d. h. sei es mit Rücksicht auf Sache oder auf Personen auch Lateiner berühren.

4. Für die Kirchen des orientalischen Ritus soll die Kongregation alle Befugnisse besitzen, welche andere Kongregationen für die Kirchen des lateinischen Ritus haben, unbeschadet jedoch des Rechts der Kongregation des hl. Offiziums

5. Die Kongregation hat Streitfragen auf dem Disziplinarweg zu lösen; Fragen jedoch, die nach ihrem Urteil auf richterlichem Wege zu lösen sind, wird sie an den Gerichtshof überweisen, den sie selbst bezeichnet.

Wir wollen, dass das alles für immer als gesetzmässig und unverbrüchlich Geltung habe, ohne dass dagegen irgendwelche Umstände, wenn sie auch noch so sehr ganz spezieller Erwähnung wert wären, angerufen werden könnten. »

« II. Päpstliches Institut für das Studium der orientalischen Sachen.

1. Es soll in Rom ein Institut zur Förderung des Studiums orientalischer Dinge errichtet werden, das, unter die besondere Überwachung und Fürsorge des Papstes gestellt, als ein « päpstliches » zu bezeichnen ist.

2. Das Institut soll zunächst der hl. Kongregation für die orientalische Kirche unterstellt sein und durch dieselbe Uns und Unsern Nachfolgern.

3. Das Institut soll seinen eigenen und besondern Sitz in den nahe beim Vatikan gelegenen Gebäulichkeiten haben, wo sich bisher das sog. «Konvertiten-Hospiz» befunden hat. Damit soll aber dem Hospiz selbst kein Eintrag geschehen.

4. In diesem Institut sollen folgende Fächer gelehrt werden:

a) Orthodoxe Theologie mit Berücksichtigung der mannigfaltigen Lehren der orientalischen Christen über die göttlichen Dinge und mit Vorlesungen über orientalische Patrologie, historische Theologie und Patristik;

b) kanonisches Recht aller christlicher Völker des Orients;

c) die verschiedenartigen Liturgien der Orientalen;

d) Kirchen- und Profangeschichte von Byzanz und des übrigen Morgenlandes. Dazu sollen kommen Vorlesungen über ethnographische Geographie, kirchliche Archäologie und die bürgerliche und politische Verfassung jener Völkerschaften;

e) orientalische Literatur und Predigt.

5. Alle diese Fächer sind in einem 2jährigen Kursus zu absolvieren.

6. Den Unterricht des Institutes haben die Geistlichen des lateinischen Ritus zu besuchen, die ihr heiliges Amt im Orient ausüben wollen; es dürfen ihn aber auch besuchen nicht bloss unsere (unierten) orientalischen Kleriker, sondern auch (nicht unierte) orthodoxe, die begierig sind, die Wahrheit tiefer zu erforschen.

7. Damit es aber dem Institut an keinem Hilfsmittel zum Studium fehle, geben Wir ihm eine gute Auswahl von Büchern sowie auch von periodischen Zeitschriften, die auf die Sache Bezug haben.

Und Wir befehlen, dass, was hiermit von Uns verordnet ist, immerwährende Gültigkeit haben soll, ohne dass dagegen irgendwelche Umstände, wenn sie auch noch so sehr ganz spezieller Erwähnung wert wären, angerufen werden könnten.»

Zu diesen beiden neuen Erlassen bemerkt der Berner «Katholik»: «Vielleicht kommt der eine oder andere Leser auf den Gedanken, es sei eigentlich nicht recht verständlich, warum Benedikt XV. es für nötig gehalten habe, mit einem besondern Motuproprio die bisherige Einrichtung zu modifizieren. Die Propaganda-Kongregation gehört zu den allerwichtigsten Abteilungen des päpstlichen Hofes. Die dieser Kongregation angegliederte Abteilung für die Angelegenheiten des orientalischen Ritus, die Pius IX. mit Dekret vom 6. Januar 1862 ins Leben gerufen hatte, war mit der Vollmacht und Aufgabe betraut, «alle Geschäfte», die sich auf den Ritus und die Disziplin der orientalischen Kirchen bezogen, «allein» (unice) zu behandeln und zu regeln. Pius X. hatte in der Konstitution «Sapienti Consilio» vom Jahr 1908 auch noch ausdrücklich erklärt, dass in den Geschäftskreis der genannten Kongregation nicht bloss die rein orientalischen, sondern auch die «gemischten»

Angelegenheiten (*negotia mixta*) fallen sollen, also auch solche Geschäfte, die in sachlicher oder persönlicher Hinsicht Lateiner und Orientalen angehen konnten. So waren nicht leicht Umstände denkbar, unter denen es an kompetenten Behörden fehlte, das für den Orient und Occident Erspriessliche vorzukehren. Nach dem päpstlichen Jahrbuch für das Jahr 1917 zählte die Kongregation 16 Kardinäle, 26 Konsultoren, 4 Konzipienten, 3 Schreiber, 1 Archivar, 1 Protokollführer, 2 Übersetzer. Einem so zahlreichen, mit allen Befugnissen und Hilfsmitteln ausgestatteten Kollegium war es offenbar möglich, die zur Bekehrung der orientalischen Kirchen dienlichen Massnahmen zu treffen, ohne dass der Papst mit einem neuen *Motuproprio* eingriff. Allein wir bekommen den Eindruck, es habe sich weniger darum gehandelt, neue Einrichtungen zu schaffen, als vielmehr darum, dem Verhältnis zwischen Rom und den morgenländischen Kirchen eine neue Form zu geben.

Wer die Sprache der päpstlichen Kurie kennt, weiss, dass Rom niemals von protestantischen «Kirchen» redet. Es hat von der im Protestantismus vorherrschend gewordenen Abschwächung des Kirchenbegriffs Gebrauch gemacht und drückt sich so aus, wie wenn es da höchstens noch Vereine und staatliche Gebilde gäbe, die keineswegs als «Kirchen» im alten Sinne bezeichnet werden könnten. Der gleichen Sprache bedient sich Rom auch dann, wenn es sich um den Anglikanismus handelt. Sogar für Leo XIII., der sich doch bei den Anglikanern einer ganz besondern Sympathie erfreute, war die Kirche Englands nur das «*Stabilimentum*», eine vom Staat geschaffene Einrichtung. Unter den beiden Nachfolgern des grossen Diplomaten auf dem päpstlichen Stuhl ist es in dieser Hinsicht nicht anders geworden. Wer im Abendland dem Papst nicht unterwürfig ist, wurde von jeher als ein von der christlichen Kirche Abgefallener angesehen. Daher konnte es sich im Abendland um keine Wiedervereinigung von «Kirchen» handeln, sondern nur um die Bekehrung zu der einen vom Papste geleiteten Kirche. Wer sich aber «bekehrt», wird — sofern das nicht aus besondern Gründen als gar zu inopportun erscheint — wiedergetauft, wie wenn er bisher noch gar kein Christ gewesen wäre.

Anders verhielt sich Rom bisher dem Morgenland gegenüber. Die orthodoxen Orientalen wurden und werden zwar auch als «Schismatiker» bezeichnet, die sich eigenmächtig und sündhaft der päpstlichen Oberhoheit entzogen haben, aber es wurde doch immer noch anerkannt, dass sie in «Kirchen» vereinigt seien. Das war so sehr anerkannt, dass die Gemeinschaften, die sich, wie das in bewegten Zeiten häufig vorgekommen ist, Rom unterwarfen, ihre kirchliche Disziplin, ihre Kultusformen und Kultuskleidung behalten durften und nun einfach zu «unierten» Kirchen wurden.

Das scheint sich nun ändern zu wollen. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, dass in der offiziellen Einleitung zu den neuen Dekreten ganz richtig gesagt wird, wie verschieden man sich im Morgenland und in Rom die Einheit der Kirche vorstellt. Dort ist Christus das einzige Haupt der christlichen Körperschaft, an das man sich zu halten hat; hier ist der römische Papst das Haupt, dem man in erster Linie unterworfen sein muss; dort regieren sich die nationalen Kirchen selbst und sind miteinander nur durch den gemeinschaftlichen Glauben und die Liebe verbunden; hier werden alle durch das gemeinschaftliche Oberhaupt regiert und das Band der Gemeinschaft ist darum eigentlich der Gehorsam gegen den Papst, der angeblich von Christus zum « Haupt und Fundament » der ganzen christlichen Kirche gemacht worden ist. Demgemäss war es im Grunde falsch, wenn man bisher von « Kirchen » in der Mehrzahl sprach; es kann nur *eine* Kirche geben und höchstens noch insofern von der Kirche im Morgenland und Abendland geredet werden, als eben die eine unter dem Papste stehende christliche Kirche im Osten und im Westen eine besondere Organisation und besondere Formen hat. Auf diesen Standpunkt stellt sich nun Benedikt XV. mit den neuen Dekreten. Man beachte darum, dass die Kongregation für orientalische Angelegenheiten vom 1. Dezember an nicht mehr bloss für den orientalischen Ritus, auch nicht mehr bloss für orientalische Kirchen (in der Mehrzahl), sondern für « die orientalische Kirche » (pro Ecclesia orientali, in der Einzahl) da ist. Allerdings können die mit der Kongregation in Beziehung stehenden Diözesen und Landeskirchen immer noch als « Kirchen » bezeichnet werden; aber im zweiten Dekret wird da, wo von den nichtunierten Orientalen gesprochen wird, das Wort « Kirche » sorgfältig vermieden; da ist nur noch die Rede von der Theologie der « orientalischen Christen », vom kanonischen Recht der « orientalischen christlichen Völker », von der verschiedenartigen Liturgie der « Orientalen », von der Geschichte « Konstantinopels und des übrigen Orients », von der Literatur und den Predigten der « Orientalen ».

Die Bedeutung der neuen Erlasse besteht also, wie wir glauben, wesentlich darin, dass künftig auch den orientalischen Kirchen, soweit sie dem Papste nicht unterworfen sind, die Würde wahre, christliche Kirchen zu sein, abgesprochen wird. Es wird damit den Orientalen deutlicher als bisher zum Bewusstsein gebracht, dass sie zu der von Christus gestifteten Kirche nur dann gehören, wenn sie sich dem römischen Papst unterwerfen. Benedikt XV. ist offenbar der Ansicht, der gegenwärtige Moment sei günstig, die päpstliche Autorität auch auf die orthodoxen und autonomen Nationalkirchen des Morgenlandes auszudehnen.»

Adolf KÜRY.